

Demokratische Partei Kurdistan (Iran) Deutschland Komitee



Pressemitteilung:

Menschenrechtsverletzung nehmen im Iran zu

Das iranische Regime rächt sich an der kurdischen Bevölkerung. Innerhalb von 3 Monaten fallen in Iranisch-Kurdistan 172 Menschen der Unterdrückungspraxis der iranischen Staatsgewalt zum Opfer. Wir appellieren an die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien, der neuen Unterdrückungswelle im Iran Einhalt zu gebieten.

Das Regime mit den zweithäufigsten Hinrichtungen weltweit hält hartnäckig an seiner menschenunwürdigen Praxis fest. In den letzten Monaten sind in Ostkurdistan (Iranisch-Kurdistan) mehrere Menschen verhaftet, hingerichtet und zahlreiche zum Tode verurteilt worden. Allein in den letzten drei Monaten sind in Iranisch-Kurdistan 172 Menschen Opfer der Staatsgewalt der Islamischen Republik Iran geworden. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisationen und nach Presseberichten sind hiervon 58 Opfer ermordet worden, Sechs Personen waren Opfer der Antipersonenminen, Ferner sind 32 Personen verletzt und weitere 76 Personen verhaftet worden. Vergleicht man diese Zahlen mit der Häufigkeit der gemeldeten Repressalien vor der umstrittenen Wiederwahl Ahmadinejads am 12. Juni, stellt man entsetzt fest, dass die repressiven Maßnahmen und die Brutalität des iranischen-islamischen Regimes enorm zugenommen haben. Das bedeutet wiederum, dass das Regime nach der manipulierten Präsidentenwahl bei den in den anderen Teilen Irans stattgefundenen Unruhen insbesondere in Kurdistan die Menschenrechte missachtet und unterdrückt. Somit ist die kurdische Bevölkerung in besonderem Maße der staatlichen Unterdrückung und Verfolgung der iranischen Machthaber ausgesetzt und von Folter und politischen Morden betroffen. Damit versucht die Islamische Republik Iran Angst und Schrecken in Kurdistan zu verbreiten.

Nicht von ungefähr ist der Iran, allein seitdem Mahmoud Ahmadinejad an die Macht geputscht worden ist, mehrere Male von den internationalen Menschenrechtsorganisationen wegen ihrer permanenten und massiven Menschenrechtverletzungen verurteilt worden. Dabei wurde sie stets zur Beendigung dieser verbrecherischen Taten gegen die Menschen aufgefordert, Sie ignoriert aber bewusst und provokativ solche Internationale Appelle und hält an ihrer menschenrechtswidrigen Politik fest.

Die Vergangenheit hat uns aber immer wieder gelehrt, dass solche diktatorische und totalitäre Regierungen nur durch Internationale Strafmaßnahmen zur Raison zu bringen sind und nur unter Druck bereit sind, ihre menschenverachtete Politik zu mildern. Daher fordern wir die Bundesregierung und die Europäische Union auf, dem iranischen Regime deutlich zu machen, dass sie die permanente Unterdrückung der iranischen und kurdischen Andersdenkenden nicht weiter tolerieren und dass diese Praxis des Mullah-Regimes nicht wie bisher ohne Konsequenzen für die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum ihm bleiben wird.

Vertretung der Demokratischen Partei Kurdistan (Iran) in Deutschland

Kontakt: Postfach 300442, 50774 Köln, Email: dpk.germany@yahoo.de